

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4508

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

An das arbeitende und hungernde Volk!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende und Kleinrentner in Stadt und Land!

Neue Gefahren drohen Euch! Der Brotwucher kehrt erneut ein, die Mieten werden erhöht, alle Warenpreise steigen! Der Geldwert sinkt immer tiefer, die Mark gilt kaum noch 5 Pfennige. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit greifen um sich. Löhne, Gehälter, Renten und Unterstützungen verlieren immermehr ihre Kaufkraft, reichen selbst nicht mehr aus zur Fristung eines Hungerdaseins. Krankheit, Massensterben, Not und Verzweiflung herrschen im Proletariat, das alle Werte schafft!

Das ist der Fluch des kapitalistischen Krieges für das Volk!

Die Kapitalisten und ihr Troß dagegen, all' die Parasiten und Schmarotzer, die nicht arbeiten, leben in Saus und Braus, prassen und schwelgen ärger denn je. Wucherer, Schieber und Ausbeuter aller Art saugen Euch aus, treiben alle Preise hoch und nennen das „Arbeit“. Ihnen hat der Krieg nicht nur Riesenerträge gebracht, sondern auch einen Wirtschaftszustand, in dem sie fast ohne Konkurrenz den Preiswucher schranken- und schamlos betreiben, Monopolpreise diktieren können. Euer Schweiß und Blut kristallisiert sich in ihren Geldschränken zu Millionen und Milliarden!

Das ist der Segen des Krieges für die Kapitalistenklasse!

Die Volkswirtschaft verkümmert und verkommt, Junker und Großkapitalisten arbeiten wie früher Hand in Hand, die Staatsmacht wieder völlig ihrem Profitinteresse dienstbar zu machen. Sie laufen die Zeitungen auf und vergiften mit ihrer verlogenen Presse die öffentliche Meinung. Sie finanzieren und korrumpieren die „bürgerlichen“ Parteien und beherrschen dadurch die Gesetzgebung.

Die Reichstagsmehrheit ist von ihnen abhängig und gehorcht ihrem Willen. Alle Gesetze tragen daher junkerlich-kapitalistisches Gepräge, belasten Euch und schonen Junker und Kapitalisten!

Seht Euch doch die Steuergesetze an!

Der Lohn- und Gehaltsempfänger muß jeden Pfennig Einkommen mit mindestens zehn Prozent versteuern, die reichen Besitzer von industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben, Vermögen und Vermögenswerten aller Art dagegen zahlen nur wenige Prozent ihres wirklichen Einkommens als Steuern! Sie betrügen den Staat systematisch um die Steuern im Schutze des berühmtesten Steuergeheimnisses, das die Bekanntgabe ihrer Steuerleistung verbietet und nur geschaffen ist, um ihnen die Steuerhinterziehung zu erleichtern.

Eine wirksame Vermögensbesteuerung ist durch Verheimlichung und Verschlebung von Riesenkapitalien ins Ausland und zahlreiche Umgehungsmanöver aller Art verhindert worden. Immer und immer wieder sind die Genuß- und Lebensmittel, die Gebrauchsgüter der breiten Volksmasse mit indirekten Steuern belastet worden.

Jetzt droht ein neuer Steuerraubzug!

Zu der wahnsinnigen Teuerung neue riesige Steuerlasten! Auch das ist eine Folge des kapitalistischen Krieges. Durch die neuen Steuern sollen die Kriegskosten aufgebracht werden, die der siegreiche Entente-kapitalismus dem unterlegenen Deutschland auferlegt hat.

Die Rechtsparteien schwindeln der Öffentlichkeit vor, das Londoner Ultimatum sei die Ursache der neuen Steuern. Bei Ablehnung des Ultimatums wäre aber der Steuerdruck durch die Ententebajonette nur noch verstärkt worden. Die letzte Ursache der neuen Steuern ist eben der kapitalistische Krieg! Zentrum und Demokraten offenbaren auch jetzt wieder ihren kapitalistischen Charakter. Bei den letzten Steuerkämpfen haben die Demokraten sogar die Führung der kapitalistischen Steueraboteure übernommen.

Die Regierung fordert die Erhöhung und Neueinführung indirekter Steuern auf den Massenkonsum. Es sollen erhöht werden die Steuern auf Kohlen, Leuchtstoffe, Zündwaren, Bier, Mineralwasser und Tabak, ferner die Zölle auf Kaffee, Tee, Kakao und andere koloniale Genußmittel. Dazu kommt eine Erhöhung der Umsatzsteuer. Die Regierung schlägt weiter eine Reihe Verkehrssteuern und schließlich auch Besitzsteuern vor.

Wieder soll der Besitz gehont und das arbeitende Volk belastet werden!

Während die genannten indirekten Steuern mindestens verdoppelt werden sollen, also eine weitere gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden und hungernden Volksmassen droht, ist die vorgeschlagene Besitzbesteuerung absolut belanglos.

Die vorgeschlagene Vermögenssteuer soll nämlich mit 0,05 Prozent anfangen und mit 1 Prozent aufsteigen, die außerdem vorgeschlagene Vermögenszuwachssteuer erst 1926 in Kraft treten und eine einmalige Abgabe vom Vermögenszuwachs der Nachkriegszeit, die erst bei 100.000 M. Gewinn anfängt, jetzt nur mit 5 Prozent ein und geht bis 30 Prozent.

Nach den Erfahrungen mit den bisherigen Besitzsteuern werden die Kapitalisten auch diese neuen Besitzsteuern wirkungslos machen, so daß der Besitz sich wiederum

Berlin, den 23. August 1921.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

drückt von der Steuerleistung und die Lasten der Kriegsschulden vornehmlich auf die breiten Massen der arbeitenden und hungernden Volksschichten abwälzt.

Wir fordern die Erfassung der Goldwerte!

Nur dadurch ist eine wirksame Heranziehung des Besitzes zu den Steuern möglich. Vor dem Kriege kannten wir keinen Unterschied zwischen Goldwert und Papierwert; ein Zehnmarkschein hatte dieselbe Kaufkraft wie ein Zehnmarkstück in Gold. Heute ist das anders! Der Krieg hat den Kredit des Staates untergraben, das staatliche Papiergeld und alle papierernen Schuldtitel des Staates sind entwertet. Hunderttausend Mark in Papier haben heute nicht so viel Kaufkraft als früher zehntausend Mark.

Nur die Sachwerte haben ihren Goldwert behalten: Grund und Boden, Gebäude, Maschinen und Gegenstände aller Art. Sie haben, in Papiermark ausgedrückt, eine riesige Wertsteigerung erfahren. Ein Gegenstand, der früher 10.000 M. kostete, ist heute für 100.000 Papiermark nicht feil. Die Besitzer dieser Goldwerte sind also von der allgemeinen Entwertung verschont geblieben. Das trifft besonders zu für Landwirtschaft und Industrie, für die Gewinne des Handels, der Banken und der Börse. Trotzdem das Reich den Krieg verloren hat, haben die Goldwertbesitzer ihre Sachwerte behalten und ziehen jetzt enorme Gewinne aus ihnen.

Die Lohn-, Gehalts- und Renteneempfänger dagegen sind durch die Geldentwertung in ihren Einkommen enorm zurückgeworfen worden. Aber gerade diese Schichten bilden die Masse der Bevölkerung, von der die indirekten Steuern aufgebracht werden. Die Besitzer der Goldwerte dagegen sind bisher von jeder fühlbaren Besitzsteuer verschont geblieben.

Deshalb müssen sie endlich dazu herangezogen werden! Von einer bestimmten Wertgrenze an, die die kleinen Werte freiläßt, muß

dem Reich ein erheblicher Anteil an den Goldwerten

durch Gesetz zugesprochen und dadurch ein entsprechender Anteil an den Gewinnen aus diesen Werten garantiert werden. Wenn ein landwirtschaftlicher oder industrieller Betrieb zu einem Fünftel oder einem Viertel Reichseigentum würde, dann müßte ein Fünftel oder ein Viertel seines Gewinns an die Reichskasse abgeführt werden. Auf diese Weise würde endlich eine wirksame Heranziehung der Goldwerte der Besitzenden zu den Reichssteuern herbeigeführt werden.

Gegen diese Erfassung der Goldwerte aber laufen alle Besitzenden, Junker wie Industrie- und Finanzmagnaten jetzt Sturm; sie sträuben sich aufs äußerste dagegen.

Der proletarische Massendruck muß sie dazu zwingen!

Proletarier in Stadt und Land! Teuerung und Steuerdruck bedrohen wieder eure Lebenshaltung, drücken sieherab unter das Existenzminimum des Kulturmenschen.

Gewaltige Kämpfe um Erhöhung der Löhne und Gehälter

sind die notwendige Folge. Reich, Einzelstaaten und Gemeinden müssen die Bezüge ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter entsprechend erhöhen. Die privaten Betriebe müssen folgen. Aber das kapitalistische Unternehmertum, das fortgesetzt Lohnherabsetzungen durchzuführen sucht, wird zu Lohn erhöhungen nur durch Einheitlichkeit und Geschlossenheit aller Hand- und Kopfarbeiter zu zwingen sein. Deshalb

stärkt eure Kampforganisationen!

Hütet Euch vor Scheinkonzessionen des Unternehmertums in Form von Lohnzugeständnissen gegen Zubilligung von Preiserhöhungen durch eure Organisationen, wie sie von den Arbeitsgemeinschaften geplant werden. Sie nehmen Euch mehr als sie Euch geben, indem sie eine allgemeine Preiserhöhung begünstigen, die eure Lohn erhöhungen doppelt und dreifach verschlingt.

Der Kampf gegen Teuerung, Steuerdruck und Lohndruck kann nicht nur wirtschaftlich geführt werden. Er muß auch politisch ausgefochten werden, als

Kampf um Einfluß und Macht im Staate in der Richtung zum Sozialismus!

Alle Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende und Kleinrentner, Männer und Frauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, ganz gleich, ob und wo ihr politisch organisiert seid, Ihr müßt gemeinsam kämpfen gegen den Kapitalismus!

Der Kampf wird hart und schwer. Schon beginnt sich der Einheitsblock der kapitalistischen Parteien zu bilden, um den Einfluß des Proletariats zu brechen. Darum müssen auch im proletarischen Lager alle inneren Differenzen zurückgestellt, alle Kräfte zusammengefaßt werden zur

Einheitsfront des ganzen deutschen Proletariats!

Proletarier schließt die Reihen! Vorwärts in den Kampf!